Tagblatt für Politik.
Unterhaltung. Geschäftsverkehr.
Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 V. 8–9, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5. nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine und aus Amtlichem Bereich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächstmalige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Nachnahme.
Für Rückgabe einzelner Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11

Dresdner Nachrichten

34. Jahrgang.
Aufl. 47,000 Stück
Dresden, 1889.

Wollene Schlaf-Decken
W. Metzler, Altmarkt 9. Fernsprechstelle 3379.

Thüre zu!
D.R.-Patent.

Vollkommenster selbstthätiger, geräuschloser **Thürschliesser.**
Prospecte gratis und franco. **35,000** Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., **Tieckstrasse 27.**
Fernsprecher 2100.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros **Posamenten und Knöpfe** en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

Moritz Klingner empfiehlt zur billigen und praktischen Reise **Reise-Fournierkoffer** als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz. **Grösste Auswahl** von **Taschen-Necessaires etc.**
Augustusstrasse Nr. 4
(Bazar de voyage).

Nr. 278. Spiegel: Des Kaisers Erklärung und die Deutschfreisinnigen. Das künftige Sozialistengesetz. Französische Nachwahlen. Hofnachrichten. Wahlen, Stadtverordnetensitzung. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Jubiläum der Liedertafel. **Sonnabend, 5. October.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Die Kreuzzeitung ist zu Kreuze gekrochen. Das Beste, was sie thun konnte. Sie beugt sich vor der Kundgebung des Kaisers. Sie versichert ihre stete und unwandelbare Achtung vor der allerhöchsten Person. Ganz schön und gut! Nur hätte diese Gesinnung sich bisher anders äußern sollen als durch Unehrerbietigkeiten gegen den Träger der Krone. Mit der gebofften Beschlagnahme des Kaisers für die macht- und vortheilhungrige Kreuzzeitungssippschaft ist es also vorbei. Darüber empfindet nun Niemand innigere Trauer als die Deutschfreisinnigen. Aus dem Eugen Richter'schen Lager tönen der Kreuzzeitung Worte des Mitleids und des Trostes entgegnen. Sind doch den deutschfreisinnigen Lohgerbern wieder einmal die Kalbfelle weggeschwommen! Wie sollten sie nicht klagen? Es ließ sich ja so schön dem Bürgerthum, der Arbeiterschaft, den Kaufleuten und der Geschäftswelt mit den Kreuzzeitungsaufsätzen gruselig machen. Seht, wurde dem Volke gesagt, seht nur die Kreuzzeitung, wie sie Deutschland nach den Recepten der preußischen Junker und orthodoxen Landpastoren regiert wissen, wie das fromme Blatt den Kaiser auf Beschränkung der Volksrechte hinlenken will. Das Blatt würde es nicht thun, wenn es nicht wüßte, daß der Kaiser gern solche Rathschläge hörte; das Blatt besitzt hohe und einflußreiche Gönner genug — kurz eine stramme Reaktion ist in sichrem Anzuge. Also (das war des Pudels Kern) wählt nur Abgeordnete deutschfreisinniger Richtung, da seid Ihr gut aufgehoben, die schützen Euch vor jeder Reaktion. Die um Eugen Richter herum hatten also ihre liebe Freude an dem Wüthen der Kreuzzeitung gegen unsere Verfassungseinrichtungen. Nichts eignete sich ja besser, um das Volk vor angeblichen Reaktionsgelüsten bange zu machen, als solche Ergüsse der Hintermänner der Kr. Ztg. Jetzt hat die Erklärung unseres hochherzigen, vornehm gesinnten Kaisers diesem Spuk von Reaktionsgespenstern ein Ende gemacht. Die Kundgebung des Kaisers ist so klipp und klar, daß sie keiner falschen Deutung unterliegen kann. Sie ist so männlich offen wie Alles, was der Kaiser thut und spricht. Die Kr. Ztg. ist zwar auch früher mehrfach von allerhöchster Stelle aus verleugnet worden und daher mag sich das edle Junkerblatt wohl einbilden, daß die kaiserliche Ungnade vorübergehender Natur sei. Die Deutschfreisinnigen trösten denn das in Gesinnungsverwandschaft edle Junkerblatt mit den Erinnerungen an jene früheren Vorkommnisse; aber sie vergessen zweierlei: niemals erfolgte die Zurückweisung des Junkerblattes öffentlich vor der Nation und im amtlichen Wege und sodann verbietet gerade der Undank, mit dem die preußische Junkerpartei frühere Nachsicht belohnt hat, nochmals ihren heuchlerischen Ergebenheitsphrasen zu vertrauen. Ein Kaiser von der Selbstständigkeit, Thatkraft und dem hochherzigen Ehrgeiz des 2. Wilhelm läßt sich nicht von einer Sippe gängeln, die sich in plumper Aufdringlichkeit an den Thron als die alleinigen Wahrer der Königstreue aufspielt, um ihre unduldsame Herrschsucht und ihre Begehrlichkeit zu befriedigen.

Daher müssen die Deutschfreisinnigen wohl oder übel bei den Wahlen auf die bisher willkommene Hilfe der Kr.-Ztgs.-Partei verzichten. Der Kr.-Ztg.-Popanz ist nicht mehr zu gebrauchen. Wohl aber empfinden die staatserhaltenden Parteien eine wesentliche Stärkung aus der kaiserlichen Kundgebung. Der Kaiser bezeichnet das von den staatserhaltenden Parteien abgeschlossene Kartell „als eine den Grundlagen seiner Regierung entsprechende politische Gestaltung". Wir rechnen dazu auch das noch außerhalb des Kartells stehende Centrum, wie dies ja auch Fürst Bismarck in einer Reichstagsrede ausdrücklich gethan hat. In Sachsen zählt außerdem ganz entschieden die nationale Fortschrittspartei zu den staatserhaltenden Parteien. Unterstützen doch die sächsischen Kartellverbündeten kräftig auch die Kandidaten der nationalen Fortschrittspartei. Uebrigens hat die kaiserliche Abfertigung der Kr. Ztg. für Sachsen ein ganz besonderes Interesse. Mußte sich doch der Führer der sächsischen Konservativen, der Reichstagsabg. v. Friesen, wiederholt in der Kr. Ztg. sehr gehässige Dinge sagen lassen, weil er das Kartell mit den Nationalliberalen als den Grund- und Eckstein einer das allgemeine Volkswohl am sichersten fördernden Politik bezeichnete. Herr v. Friesen erhält jetzt nachträglich eine glänzende Rechtfertigung. Das Kartell wird bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichs- und sächsischen Landtag seine volle Schuldigkeit thun. Gerade wir in Sachsen erleben es ja, wie die Deutschfreisinnigen keine Scheu tragen, die Geschäfte der Sozialdemokraten zu besorgen. In einer ganzen Reihe von Wahlkreisen, wo das allgemeine Wohl die Einigkeit aller guten Reichsbürger erforderte, um den Feinden der gesellschaftlichen Ordnung mit Erfolg entgegenzutreten, gewahrt man das trübselige Schauspiel, daß die Deutschfreisinnigen Sonderkandidaten aufstellen. Auf einen Erfolg für sich rechnet die Partei wohl in keinem einzigen Falle; nur den Erfolg könnte sie haben, daß sie bei der so veralteten Bestimmung des sächsischen Wahlgesetzes von der relativen Mehrheit dem einen oder anderen Sozialdemokraten in den Landtag verhilft, in den er sonst nicht hineinkäme. Dank haben die Deutschfreisinnigen für ihren Eigensinn seitens der Sozialdemokratie nicht; diese spottet nur über die Kurzsichtigkeit ihrer jetzigen Bundesgenossen.

Das künftige Sozialistengesetz wird sich von dem jetzigen wesentlich in dem Stücke unterscheiden, daß nicht mehr eine besondere Reichs-Kommission über die Beschwerden gegen die Handhabung des Sozialistengesetzes zu entscheiden hat, sondern daß diese Beschwerden durch die ordentlichen Gerichte im regelmäßigen Instanzenzuge erledigt werden. Darin liegt ein Schritt nach dem Ziele, der im Verlangen Aller liegt: zum gemeinen Recht zurückzukehren und den Boden einer Ausnahmegesetzgebung zu verlassen. Diese Verbesserung wird wesentlich sich zeigen, wenn gegen das Verbot von Vereinen und Druckschriften Beschwerde eingelegt wird. Die Entscheidung darüber ruht künftig nicht mehr im Ermessen von Verwaltungsbehörden, sondern ist von dem Urtheilspruche vereideter Richter abhängig. Man darf zu der Unbefangenheit und Selbstständigkeit des deutschen Richterstandes das Vertrauen hegen, daß er die ihm zugewiesenen neuen Aufgaben in völlig sachgemäßer und unparteiischer Weise erledigen wird. Erwünscht an sich wird dem Richterstande dieser Zuwachs an Geschäften nicht sein, aber er wird sich der Aufgabe mit der Pflichttreue und sachlichen Unparteilichkeit unterziehen, die ihn kennzeichnen. Es wird nicht vorkommen, daß die Bestimmungen des Sozialistengesetzes auf andere Parteien, als auf die Sozialdemokratie und bei dieser nur auf solche Bestrebungen angewendet werden, die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung abzielen.

Mit guter Zuversicht gehen die französischen Republikaner den 183 Nachwahlen entgegen, die morgen in die Deputirtenkammer stattfinden. Selten sind sie so einig gewesen, wie dies Mal. Fast überall haben sich diejenigen republikanischen Kandidaten, die beim ersten Wahlgange die geringste Stimmenzahl auf sich vereinigt hatten, zurückgezogen; sie empfehlen ihren Wählern die, die mit der höheren Stimmenziffer bedacht wurden. Der Boulangismus sieht sich infolgedessen um seine Hoffnung geprellt, bei den Nachwahlen die Schlappe des ersten Wahlganges wieder auszuwetzen. Der oft schon todtgesagte Boulangismus ist wirklich todt; aber auch der Monarchismus hat in Frankreich eine schwere Wunde erhalten. „Ich weiß nicht", sagte im vorigen Jahre der Herzog von Aumale, „ob es ein Vortheil ist, sich dem Boulangismus anzuschließen; das aber weiß ich, daß es keine Ehre ist." Sein Neffe, der Graf von Paris, hat anders gedacht; er hat sich Boulanger angeschlossen und die Hauptmasse der Orleanisten ist ihm dabei gefolgt; dasselbe thaten die Bonapartisten. Uns interessirt jedoch für heute weniger diese Seite der französischen Wahlen, sondern der Vorzug des dortigen Wahlgesetzes, das keine Stichwahlen kennt. Ist der erste Wahlgang unentschieden, d. h. hat kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten, so sind die französischen Wähler trotzdem nicht bei dem 2. Gange genöthigt, nur zwischen den zwei höchstbestimmten Kandidaten zu wählen; es kann ein Dritter, der gar nicht erst in Frage kam, kandidiren. In den meisten Fällen macht sich's, daß die Parteien sich freiwillig einigen. In Deutschland legt das Wahlgesetz den Parteien einen oft sehr grausamen Gewissenszwang auf und bringt die unnatürlichsten Wahlbündnisse für die Stichwahlen zu Wege. Die Beseitigung des jetzigen Verfahrens bei den Stichwahlen zum Reichstage wie die Abschaffung der Wahlen nach blos relativer Mehrheit beim sächsischen Landtage erscheint uns eine nächste Aufgabe dieser Körperschaften.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. October.

Berlin. Im Anschluß an die Kundgebung des „Reichsanzeigers" hatte sich auch die „Nordd. Allg. Ztg." scharf gegen die „Kreuzztg." gewendet. Die „Kreuzztg." spricht nun der „Norddeutschen" das Recht ab, die Echtheit ihrer Königstreue in Zweifel zu ziehen und beruft sich dafür darauf, daß die „Norddeutsche" nicht für die Bestrebungen der bekannten Waldersee-Versammlung Ende 1887 und nicht gegen die tendenziös-politische Ausnutzung dieser Versammlung durch die jüdische freisinnige Presse eingetreten sei. Als der „Norddeutschen" ein von dem damaligen Vicepräsidenten des Staatsministeriums v. Puttkamer geschriebener Artikel gegen jene tendenziös-politische Ausnutzung übersandt worden sei, habe die Redaktion denselben abgelehnt, und statt dessen ihrerseits unmittelbar darauf heftige Angriffe gegen Stöcker und die christlich-soziale Partei gebracht. Das habe die gesammte nationalliberale Presse, unterstützt von der freikonservativen „Post", veranlaßt, ihre freisinnigen Kollegen noch zu überbieten. Dieselbe hatte die Spitze ihrer Angriffe mit besonderer Schärfe gegen die Person des Prinzen Wilhelm gerichtet und geradezu einen Tadel gegen dessen Person von allerhöchster Stelle gefordert. Als die Angriffe gegen die Versammlung vom 28. Nov. und ihre Theilnehmer bis zu schmachvoller Niedertracht gesteigert gewesen, sei Graf Herbert Bismarck beim Prinzen Wilhelm erschienen, um die Erklärung abzugeben, daß sowohl sein Vater wie er selbst von diesen Vorgängen nur durch die Zeitungen erfahren und Niemand inspirirt hätte. Die „Norddeutsche" aber habe bis auf den heutigen Tag die schamlosen, durch jenen Artikel hervorgerufenen Angriffe gegen die Person des königlichen Prinzen und seine erlauchte Gemahlin von ihren Rockschößen niemals abgeschüttelt.

Berlin. Gegenüber den Ausstreuungen, nach welchen Fürst Bismarck die Erklärung im „Reichsanzeiger" veranlaßt haben soll, hört die „Nat.-Ztg.", daß sie aus der persönlichen Initiative des Kaisers entsprungen ist. — In Gemäßheit des Preisausschreibens für das National-Denkmal Kaiser Wilhelms I. sind die eingegangenen Entwürfe von dem dazu berufenen Preisgerichte der Beurtheilung unterzogen worden. Es erhielten den 1. Preis Architekten Wilhelm Rettig und Paul Pfann, sowie Architekt Bruno Schmitz in Berlin. Den 2. Preis erhielten Bildhauer Adolph Hildebrand in Florenz, Bildhauer Karl Hilgers in Charlottenburg, Prof. Fritz Schaper (architektonische Durchbildung von C. H. Färber), sowie Prof. Dr. Johannes Schilling, Dresden (mitwirkende Architekten Schilling und Gräbner, Dresden.) Der Schilling'sche Entwurf trug das Kennwort „Deutsch".

Berlin. Geh. Rath v. Gneist ist von der türkischen Regierung zu einem neuen Schiedsspruche in einer Angelegenheit aufgefordert worden, welche im Zusammenhange mit der vor einiger Zeit entschiedenen Streitfrage steht. — Es erhielten das Komthurkreuz 2. Klasse des sächs. Albrechtsordens Landrath v. Reuß zu Brieg und der Badepolizeikommissar Kammerherr v. Radenow zu Ems, das Ritterkreuz 1. Klasse desselben Ordens der Gouverneur des Prinzen Alfred von Edinburgh, Hofrath Dr. Roll zu Coburg, und Maschinendirektor a. D. Heinrich Kirchweger zu Hannover, das Ritterkreuz 2. Klasse desselben Ordens Kriminalpolizeikommissar Meyer in Ems. — Zur geschäftsmäßigen Ausbeutung der Erfindung des Phonographen will sich in Berlin eine Gesellschaft bilden.

Berliner Börse. Bei Beginn der Börse lagen wieder große Kaufordres aus der Provinz vor. Denselben stand nur ein mäßiges Angebot gegenüber. Neue beunruhigende Momente lagen nicht vor und so war die Tendenz wesentlich beruhigter als gestern am Schluß. Das Geschäft war Anfangs ziemlich belebt, ließ aber später nach. Banken setzten etwas höher ein, konnten sich aber nicht ganz behaupten. Sehr fest waren wieder Dresdner Bank, deutsche Bahnen wenig beachtet, österreichische gut behauptet, Bergwerke belebt und theilweise höher auf größere Kaufordres für Kohlen- und Eisenwerthe aus dem Westen. Fremde Renten waren etwas abgeschwächt. Im späteren Verkehre konnte sich die Tendenz nach vorübergehender Abschwächung wieder befestigen. Im Kassaverkehre waren Banken still, deutsche Bahnen unverändert, österreichische vorwiegend schwächer, ebenso Industrieen, deutsche Fonds und österreichische Prioritäten. Privatdiskont 3⅞ Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: Prächtiger Herbsttag, sonnig-warm, bei leichter südlicher, später südwestlicher Luftbewegung.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 259,50. Staatsb. 199,50. Lomb. 106,75. Galizier —,—. Egypter 92,90. 4proc. Ung. Goldr. —,—. Disconto 234,60. Dresdn. Bk. 165,50. Laura —,—. (Gotthardb. —,—. Fest.

Wien. (Abends.) Credit 306,50. Staatsbahn 235,00. Lombarden 126,00. Nordwest 190,25. Marknoten 58,57,5. Ung. Credit 316,50. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 87,35. Anleihe 105,45. Italiener 92,85. Staatsbahn —,—. Lombarden 275,00. do. Prioritäten —,—. Spanier 76⅛. Egypter 469,06. Ottomanen 551,25. Escompte 85,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Octbr. 22,75, per Januar-April 23,40, ruhig. Spiritus per October 38,50, per Januar-April 40,50, ruhig. Rüböl per October 66,75, per Januar-April 67,25, behauptet.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Novbr. 198, per März 197, steigend. Roggen per October 131, per März 139, fest.

London. Produkten. Mehl, sowie Hafer festest, andere Getreidearten ruhig, stetig. — Wetter: Morgenregen.

Leipzig. Das Reichsgericht hat das Revisionsgesuch der Armenlieferanten Hagemann und Wollank wegen Bestechung verworfen und sich der Annahme des Landgerichts angeschlossen, daß Zahlmeister Beamte im Sinne des Gesetzes seien.

Posen. Der gestern Abend um 8 Uhr 25 Min. von hier abgegangene Personenzug stieß, nachdem derselbe 10 Uhr 26 Minuten Lissa verlassen hatte, in der Nähe von Laßwitz auf einen Güterzug. Wie es heißt, sind von dem Zugpersonal 4 Personen getödtet, 1 schwer verwundet, auch unter den Reisenden sollen zahlreiche Verwundungen vorgekommen sein, jedoch liegen authentische Details noch nicht vor. Mehrere Schwerverwundete wurden heute Vormittag hierhergeschafft. — Infolge des Unglücks wird der Verkehr durch Umsteigen hergestellt.

Oertliches und Sächsisches

— Se. Königl. Hoheit **Prinz Friedrich August** traf am Dienstag in Jagdschloß Rehefeld ein und kehrt morgen von dort nach Dresden zurück.

— Dem Major v. **Schwarzkopff**, Flügeladjutanten Sr. Durchlaucht des regierenden Fürsten Reuß j. L., ist das Komthurkreuz 2. Klasse des Albrechtsordens verliehen worden.

— Geh. Rath Kammerherr Heinrich v. **Watzdorf** wurde zum Kämmerer und Oberhofmeister bei dem Hofstaate Ihrer Maj. der Königin ernannt.

— Anläßlich der 50jährigen Jubelfeier des **stenographischen Instituts** hat Se. Majestät der König den Vorsteher desselben, Reg.-Rath Prof. Krieg, zum Oberregierungsrath und den Stenographen Prof. Zeibig zum Hofrath ernannt. Prof. Oppermann erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse vom Albrechtsorden.

— Es erhielten die Nachgenannten von Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen folgende Ordensdekorationen und zwar der Oberhofmarschallamts-Sekretär August **Mayer** den Rothen Adler-Orden 4. Klasse, der Hofwirthschafts-Inspektor Friedrich August **Riedel** den Kronen-Orden 4. Klasse und der Silberschreiber in der Königlichen Hofsilberkammer Friedrich August **Strohbach** die silberne Medaille des Rothen Adler-Ordens.

— Die Gesandtschaft des **Sultans von Sansibar** trifft dem Vernehmen nach doch noch hier ein, wenn auch ihr Besuch, da der Königl. Hof nicht anwesend ist, kein offizieller ist.

— Trotz aller Beschlüsse sozialdemokratischer Congresse, welche die **Viel- und Mehrkandidaturen** verdammt haben, geschieht in Sachsen die Aufstellung einer und derselben Person in mehreren Wahlkreisen durch diese Partei. Herr Liebknecht ist, wie schon gemeldet, nicht weniger als vier Mal aufgestellt; der Gastwirth Münch in Zittau, der schon bei mehreren Landtagswahlen durchgefallen ist, will in einem Lausitzer Wahlkreise und in der Stadt Leipzig gewählt sein; auch der Baugewerke Winkler ist in Antonstadt-Dresden und in einem ländlichen Wahlkreise aufgestellt. Bei dieser offenen Auflehnung der Sozialdemokatie gegen ihre eigenen Gesetze ist es nicht uninteressant, daß das in London erscheinende Parteiorgan der deutschen Sozialdemokratie sich nachwievor gegen Vielkandidaturen erklärt. Der Partei würden durch Doppelwahlen überflüssige Opfer auferlegt und voraussichtliche Nachtheile (Wahlniederlagen mit ihren entmuthigenden Ausgängen) zugefügt. Vielkandidaturen führten zu einem Personenkultus und zu der Gefahr, daß eine parlamentarische Aristokratie und ein Ring von Autoritäten aufkomme.

— Von allgemeinem Interesse für die Beurtheilung der Sachlage im 11. **Wahlkreis** ist, daß das in Leipzig erscheinende Organ der Sozialdemokraten ganz ungenirt ausplaudert, daß man in den Kreisen dieser Partei stark hofft, mit Hilfe der Deutschfreisinnigen zum Siege zu gelangen. Der Feldzugsplan wird mit folgenden Worten verrathen: „Wurzen. Nächsten Dienstag findet im hiesigen Wahlkreise die Nachwahl statt. Der Wahlkampf ist heiß. Seitens der Arbeiter ist man denn auch sehr thätig, die Arbeiter treten mit aller Macht in den Wahlkampf ein, und ist zu hoffen, daß der Sozialdemokrat in die Stichwahl kommt, und bei der Haltung der Deutschfreisinnigen in diesem Kreise, welche auch sehr thätig sind, ist dann der Sieg des Arbeitervertreters sicher." Hier ist also klipp und klar ausgesprochen, daß bei einer etwaigen Stichwahl die Deutschfreisinnigen für den Sozialdemokraten stimmen werden, was allerdings nichts Neues ist. Vielleicht haben beide Parteien im Stillen schon ausgemacht, daß sie sich eventuell gegenseitig den Liebesdienst erweisen werden. Die Aufgabe der Ordnungsparteien wird es nun sein, durch eine starke Wahlbetheiligung die Spekulationen ihrer Gegner zu nichte zu machen und die Stichwahl zu verhindern.

— In der vorgestrigen **öffentlichen Stadtverordnetensitzung** kam wieder einmal der Zwingerteich zur Sprache. Die in letzter Zeit wieder bemerklich gewordenen üblen Ausdünstungen gaben Veranlassung zu einer recht umfänglichen Debatte, die im Allgemeinen natürlich dieselben Aeußerungen zu Tage förderte, die schon laut wurden bei den in diesem Saale 1886 mehrfach gepflogenen Verhandlungen über diesen Teich. Er wurde bekanntlich damals infolge der Verhandlungen und Beschlüsse einer gründlichen Renovation unterworfen, sein Grund ausgepflastert und betonirt, erhielt reinere Wasserzuleitung u. s. w. Aber — er stinkt doch wieder! Deshalb hatten St.-V. Weigandt u. Gen. einen Antrag eingebracht, nach welchem der Rath ersucht werden soll, für Beseitigung der gesundheitsschädlichen und ekelhaften Ausdünstungen des Zwingerteiches ungesäumt Schritte zu thun, insbesondere die Speisung des Teiches mit dem Wasser des Weißeritzmühlgrabens nicht mehr zu gestatten. Herr Schriftführer Weigandt begründet seinen Antrag. Er konstatirt die seit etwa Juli d. J.

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Zahnerstr. 41/42).
Vollmilch, Sahne, Schlag-Sahne, Stindermilch, Butter, Käse und Quark täglich 3 Mal frei in's Haus.